



Mehr Grün für das Tullnerfeld!

Die Grünen sind die innovative Kraft in Bezirk und Land. Unsere Antworten sind die richtigen, und wir bewegen was!

Drei Grüne aus St. Andrä-Wördern für die Landtagswahl: Harry Sattmann, Spitzenkandidatin Ulrike Fischer, Robert Valenta

Foto: Martina Draper

Was wollen die Grünen?

Natürlich sind wir eine Umwelpartei. Wir kämpfen für einen sauberen, gesunden Lebensraum. Dafür müssen Natur und Umwelt geschützt werden. Wir Grüne sind überzeugt: Damit steigt die Lebensqualität von uns allen!

Das sind unsere Forderungen im Bezirk:

1. Mehr Raum für Radfahrer

Radrouten in und zwischen den Orten sind möglich und kosten vergleichsweise wenig. Wir fordern: Wenn Geld für Straßenbau da ist, dann darf nicht bei den Radfahrern und bei den Öffis gespart werden.

- sichere Radwege
- regengeschützte Radabstellplätze
- Fahrräder dürfen kostenlos im Zug mitgenommen werden

2. Ackerland erhalten

Viele Gemeinden verkaufen fruchtbares Ackerland als Gewerbegebiet in der Hoffnung auf Kommunalsteuer. Doch

das Tullnerfeld hat Probleme beim Grundwasser. Wenn ohne Rücksicht auf Gefährdungszonen gebaut wird, werden immer mehr Hausbesitzer im Nassen sitzen.

- Gefährdungszonen überprüfen
- Sicherheitsbereiche schaffen

3. Essen gehört auf den Teller und nicht in den Tank

In Pischelsdorf wird Mais verbrannt. Anbau und Verarbeitung von Agrotreibstoffen erzeugen enorme Treibhausgase. Das wird auch noch gefördert.

- Umstieg auf biologische Landwirtschaft fördern. Das schont unsere Böden und schafft sauberes Trinkwasser.

4. In der Nacht sicher nach Hause

Seit Jahren fordern die Grünen eine Nachtverbindung Wien-Tulln. Jetzt gibt es am Wochenende den Nachtbus von Heiligenstadt nach Tulln. Aber Gemeinden wie Greifenstein, Altenberg, St. Andrä-Wördern, Zeiselmauer und

Muckendorf werden nicht angefahren! Die Bürgermeister haben den Nachtbus verschlafen. Jetzt streiten sie ums Geld. Unterdessen fährt der ÖBB-Nachtbus, aber er bleibt nicht stehen.

- Nachtbus für alle Bahngemeinden



Aus St. Andrä-Wördern kandidieren:

Mag. Ulli Fischer, 40, Juristin, Altenberg

Ing. Harald Sattmann, 55, Hardwareentwickler, StAW

Robert Valenta, 41, IT-Techniker, StAW

Das Tullnerfeld braucht mehr Grün. Für ein gesundes Leben – Grün wählen!

ÖVP verzockt weiter Millionen!

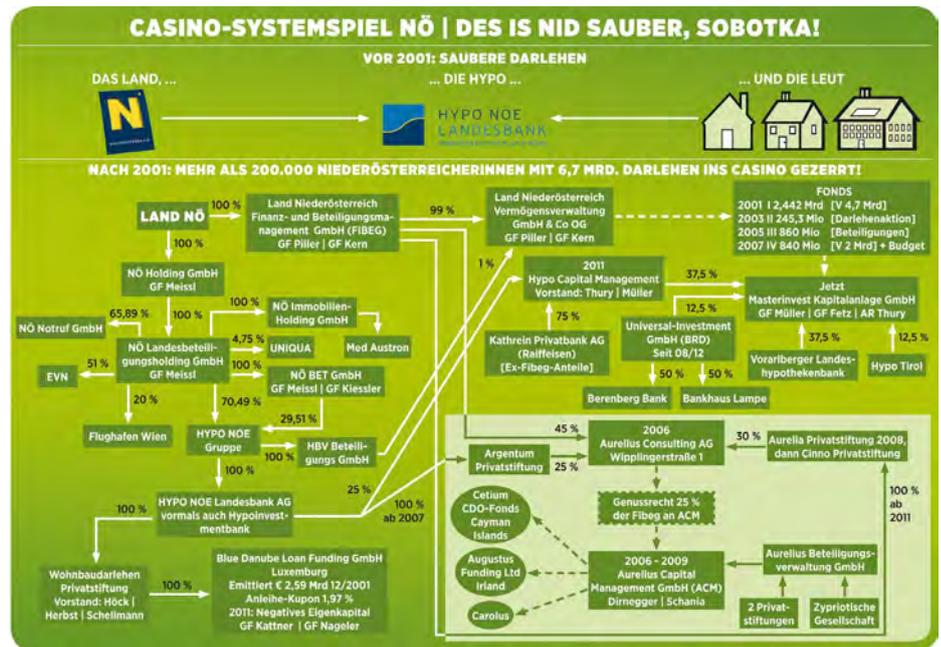
Das „Sparbuch NÖ“, wie es die ÖVP gerne nennt, ist in Wahrheit eine Geldvernichtungsmaschine. Seit 2001 fehlt 1 Milliarde Steuergeld, 700 Millionen stecken immer noch in Hochrisikogeschäften, und 500 Millionen Spesen kostete uns das „ÖVP-Casino“ bisher.

Während in Salzburg Beamte ihr Glück an einarmigen Banditen versuchten und scheiterten, sind es in Niederösterreich Politiker, Bankenbosse und Vermögensverwalter, die mit Steuergeld im großen Casino zocken – und verlieren.

Der niederösterreichische Finanzchef Sobotka spekuliert seit 2001 im großen Stil und hoffte, dass Journalisten und BürgerInnen sein System nicht durchschauen.

„Nach jahrelanger, harter Recherchearbeit haben wir Grünen den Code nun geknackt. VP-Sobotka und seine Berater haben über viele Jahre ein kompliziertes Casino aufgebaut und jegliche Informationen darüber verweigert oder vertuscht“, erklärt Helga Krimer, Finanzsprecherin der Grünen Niederösterreich.

So funktioniert das Zocker-Konstrukt



Geht es nach Madeleine Petrovic, wird ab 3. März kein Steuergeld mehr in Hochrisikogeschäfte gesteckt. Denn: „Mit Steuergeld spekuliert man nicht!“

Wir Grünen haben das komplizierte Konstrukt entwirrt und wissen, was die ÖVP mit dem Steuergeld in Wahrheit anstellt: Mit Fonds in Irland und Luxemburg, mit der Hypo NÖ, Privatstiftungen und einer Landesgesellschaft ließ sich die ÖVP Wohnbaurdarlehen abkaufen, damit Gesellschaften sie anlegen. Man erwartete satte Gewinne – das geht nicht ohne hohes maximales Risiko. Seit 2001 kosteten Fondsmanager und der Systemerhalt 500 Millionen Euro Spesen, 700 Millionen stecken noch immer in riskanten Geldgeschäften und 1,1 Milliarden Euro gingen bereits verloren. Das bestätigt auch der Rechnungshof. Was Sobotka als Gewinne bezeichnet, sind in Wahrheit nur Darlehensrückzahlungen. Das Steuergeld wurde als Jetons fürs große Casino missbraucht.

Deshalb haben die Grünen einen Sonderlandtag gefordert – noch vor den Wahlen. Denn: WählerInnentäuschung kommt Untreue gleich! Aber: SPÖ und FPÖ verweigern ihre Zustimmung. „Damit ist klar: SPÖ und FPÖ decken die Zockergeschäfte der Volkspartei! Die SPÖ hat die Steuergeld-Spekulationen ja auch regelmäßig mitgetragen“, erinnert sich die Grüne Klubobfrau Madeleine Petrovic.

Damit ist auch klar: Wir Grünen sind die Einzigen, die in keine Korruptionsaffären und Spekulationen mit Steuergeld verwickelt sind. Wir sind als einzige Partei im Stande, Steuergeld, das derzeit in Steueroasen zum Zocken veranlagt ist, zu retten und nach Niederösterreich zurückzuholen.

Gemüsefreunde

Garteln für alle in StAW

Die Sonne auf der Haut und der Korb voll mit frischem Gemüse – bei den Gemüsefreunden in der Nähe des Altarms konnte man sich bereits im Vorjahr genau dieses Erlebnis holen. Hinter dem 2012 gegründeten Verein „Gemüsefreunde“ stehen Stefan Leitzinger, Dominik Hartel, Konstanze & Karoline Pohl, Christian Böhm und unzählige freiwillige Helfer und Helferinnen.

2013 wird es wieder Beete in verschiedenen Größen und unterschiedlichen Ausstattungen („Home Gart'l“ für Grün-

linge, „Gourmet Gart'l“ für Fortgeschrittene und „Gart'l pur“ für Profis) mit toller Infrastruktur geben: umzäuntes Grundstück in sonniger Lage und Fließwasser. „Gießen – Pflegen – Ernten!“ lautet die Devise, und Belohnung erntet man in Form frischer Paradeiser, Paprika, Karotten, Zucchini, Zwiebel, Pfefferoni, Erdäpfel und Köstlichkeiten wie Mangold, Topinambur, Kürbis, Kohlrabi, Radieschen.

www.gemuesefreunde.at

E-Mail: info@gemuesefreunde.at



© Christian Krattendorfer

Unser Acker

Selbsterntefeld in Altenberg

„Unser Acker“ – so wird das Selbsternte- und -anbaufeld in Altenberg genannt. Die Lage hätte nicht besser gewählt werden können. Der Acker liegt am Ende der Feldgasse, ganz nahe an Kindergarten, Spielplatz und Rollerhockeyplatz. So ist er bestens von Altenberg und über den Bahnweg auch von Wördern aus zu erreichen.

Im Gegensatz zu ähnlichen Projekten gibt es hier kaum Verwaltung. Jeder Gärtner steckt sich in Absprache mit Alfred Kögel, dem Besitzer des Feldes, ein Stück Land in der gewünschten Größe ab (mind. 50 m²). Die Jahrespacht beträgt 1€ pro m².

Die Äcker werden in Eigenverantwortung bewirtschaftet, wobei die Anbaumethoden so individuell sind wie die Gärtner. Es gedeiht eine bunte Vielfalt von Gemüsen und Blumen. Für viele sind die zufälligen Begegnungen beim gemeinsamen Graben, Jäten und Gießen vor dem Ernten das Schönste.

Die Idee zu dieser tollen Initiative stammt von Alfred Kögel selbst. Beworben wurde sie unter anderem von KulturLANDSchaften. Alfred Kögel ließ im Herbst einen Brunnen schlagen, so wird zum Gießen kein kostbares Trinkwasser verschwendet.

Kontakt: Hr. Kögel, Tel. 0664/212 50 47



© Harald Eisenberger, ÖBB railjet

Neue Westbahn-Strecke

Prestigeprojekt ohne Besserung für Tullner PendlerInnen

Heftige Kritik am Fahrplan der HL-Bahn kommt von den Grünen im Bezirk Tulln. „Von bequem und schnell nach Wien oder St. Pölten kann überhaupt nicht die Rede sein. ÖBB-Zeitkarten gelten nicht und auch nicht die Vorteilskarte. Dieses 2-gleisige System kostet die TullnerfelderInnen nur zusätzlich Geld, wettet Ulli Fischer, Grüne Bezirkssprecherin von Tulln.

Grüne Forderungen:

- Die Hochleistungs-Bahn muss zu einer besseren Anbindung zwischen St. Pölten und Tulln beitragen und der versprochene Halbstundentakt umgesetzt werden.
- die Bahnhöfe Tulln und Tullnerfeld besser miteinander verknüpfen
- die unterschiedlichen Ticketsysteme zwischen ÖBB und Westbahn bereinigen
- das Tullner Feld öffentlich an den Bahnhof Tullnerfeld anbinden, sei es durch Züge von Tulln nach Tullnerfeld oder durch Busanbindungen an die Umlandgemeinden
- OIC-Schnellzüge in beide Richtungen für schnelleres Pendeln

Fazit: Kaum Verbesserungen!

Entgegen den Behauptungen von Land und ÖBB bringt der Bahnhof Tullnerfeld für PendlerInnen kaum Verbesserungen!



Der Nachtbus fährt ... aber er hält nicht

Es tut sich was im Nachtverkehr. Auf der Strecke von Wien-Heiligenstadt nach Tulln gibt es am Wochenende eine Busverbindung. Abfahrt ist in Heiligenstadt um 1:00/1:23 Uhr und um 3:00/3:23 Uhr. Je nach Wochentag. Zwischen den beiden Fahrten gibt es eine Rückfahrt nach Wien.

Damit wäre eine langjährige Forderung der Grünen StAW erfüllt. Nur: Der Bus hält nicht in unserem Ort.

Die Initiative wurde von den Gemeinden Klosterneuburg und Tulln ergriffen. Bis zu Redaktionsschluss hatte sich die Gemeindeführung StAW nicht zu einer Teilnahme durchringen können, obwohl seit einem halben Jahr klar ist, dass der Nachtbus fahren wird.

Der Nachtbus wird von Klosterneuburg und Tulln bezahlt, daher werden nur dort Haltestellen angefahren. StAW und Greifenstein werden nur durchfahren.

Der Gemeinderat hat mit den Stimmen der Grünen den Bürgermeister ermächtigt, Verhandlungen über die Finanzierung aufzunehmen. In den letzten Gesprächen mit dem Bürgermeister wurde uns eine Einigung innerhalb der nächsten Wochen zugesagt. Hoffen wir, dass es dabei bleibt und St. Andrä-Wördern den Nachtbus nicht verschläft!

Greifensteiner Straße

Ein Anfang ist zu wenig.

Tataaa ...! StAW hat seine zweite Verkehrsinsel! Nachdem die Nachbargemeinden seit Jahren verkehrsberuhigende Maßnahmen setzen, hat StAW jetzt auch einen ersten, schüchternen Versuch gemacht: Eine Verkehrsinsel an der Ortsgrenze zwischen Altenberg und Wördern bremst den Verkehr. Ein Anfang, aber ... nach wie vor gibt es keinen Generalplan für verkehrsberuhigende Maßnahmen und Radwege.

Die Grünen begrüßen die Verkehrsinsel. Aber wir sehen auch, dass die Autofahrer gleich danach wieder Gas geben, während sie in Richtung Schule und Kindergarten fahren. Die Grünen fordern deshalb einen abgestimmten Gesamtplan für Verkehrsberuhigung und Radwege.

Harry Sattmann

Sparen statt stauen

Das 365-Euro-Jahresticket für alle Öffis in Wien – das ist grüne Politik. Warum nicht auch in Niederösterreich?

Du leidest unter hohen Spritpreisen? Parkplatzsuche? Staus? Mit deinem JA könntest du dem ein Ende setzen. Und ein ganzes Jahr lang um 365 Euro alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Das wollen wir für Niederösterreich erreichen.

Wir alle wollen nur eines: Möglichst sicher, preisgünstig und umweltschonend von A nach B kommen. Unsere Mobilität ist uns wichtig. Was aber, wenn der tägliche Weg in die Arbeit zu einem Hürdenlauf wird? Staus auf der Autobahn, lästige Parkplatzsuche, Zugverspätungen, verwirrende Tarifstrukturen, teurer Sprit und überfüllte Busse.

Die Grünen sagen: Pendler müssen entlastet werden. Es geht nicht darum, das Auto zu verbannen. Aber: Es muss Alternativen zum Auto geben. Die Grünen wollen daher das 365-Euro-Ticket für ein ganzes Jahr Öffi-Fahren in Niederösterreich. Ohne Altersbeschränkung. Ohne

Einkommensnachweis. Ohne Studienausweis. Ohne Bürokratie.

In Wien haben die Grünen gezeigt, wie es geht. In Wien ist das 365-Euro-Jahresticket bereits Realität, die Rot-Grüne-Koalition hat es möglich gemacht. „Wir fordern nicht nur ein 365-Euro-Ticket für Niederösterreich, sondern auch einen angepassten Tarif für Pendler, die durch beide Bundesländer fahren müssen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen“, sagt Norbert Bregel, grüner GR in St. Andrä-Wördern. „Aber selbst, wenn Pendler beide Jahreskarten kaufen müssten, würden sie immer noch hunderte Euro sparen im Vergleich zu den momentanen Tarifen. So teuer ist der öffentliche Verkehr in Niederösterreich. Es ist höchste Zeit, dass sich in Niederösterreich etwas ändert – angefangen von ganz oben.“ **Jetzt unterschreiben: www.365euroticket.at**

MEHR ÖFFIS.
WENIGER ZAHLEN.
UNTERSCHREIBE JETZT FÜR
DAS 365-€-JAHRESTICKET!
WWW.NOE.GRUENE.AT

Die Grüne Lösung:
365 €
JAHRESTICKET
FÜR ALLE ÖFFIS IN NO
Leistbare Öffi-Ticket-Preise für alle.
Mitstimmen und unterschreiben!
www.noegrueene.at

Verkehr: Es bleibt unruhig

Statt Verkehrsberuhigung, Fahrradabstellplätzen und Radwegen werden noch mehr Straßen gebaut. Die Zuständigen stellten sich bisher taub.

Im Kostenvoranschlag für das Gemeindebudget 2013 sind unter dem Posten „Straßenbau“ € 50.000,- für Radwege und € 180.000,- für Straßenbau allgemein mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen vorgesehen. Für die P & R-Anlage beim Bahnhof StAW sind für Parkplätze € 5.000,- geplant. Bessere und mehr Fahrradabstellplätze am Bahnhof? Fehlanzeige!

Im Budget 2012 wurden für Radwege ebenfalls € 50.000,- voranschlagt. Wo und wie dieses Geld eingesetzt wurde, ist unklar. Den grünen Gemeinderäten wurde überdies Auskunft über diverse Straßenbauprojekte der letzten Jahre verweigert - die Zuständigen stellen sich taub. Transparente Kosten für Straßenbau sind offensichtlich nur den Grünen ein Anliegen.

Grüne Forderungen

- Verkehrsberuhigung Greifensteiner-, Königstettner- und Tullner Straße
- Erarbeitung eines Radwegekonzeptes mit schrittweiser Umsetzung in 5 Jahren
- Bei der Errichtung oder Renovierung von Straßen müssen Radwege laufend mitbedacht werden, da dies kosteneffizienter ist.
- Die P & R-Anlage in StAW muss neben Parkplätzen weitere Radabstellplätze erhalten, da jetzt schon Räder wild abgestellt werden.

Vorsicht, Verkehr!

Die Grünen sagen, wo es gefährlich ist.

Der ständig zunehmende Individual- und Schwerverkehr, der sich tagtäglich durch die Straßen von StAW wälzt, stellt zunehmend eine erhebliche Beeinträchtigung von Sicherheit und Wohlbefinden in unserer Gemeinde dar. Von einigen Alibimaßnahmen abgesehen, schauen die Verantwortlichen in Land und Gemeinde der Verkehrsflut tatenlos zu.

Die Grünen haben in einer Art „Verkehrsinventur“ problematische Stellen im Straßennetz von StAW identifiziert, Maßnahmen formuliert und in einem „Gefahrenstellenkataster StAW“ zusammengefaßt (www.staw.gruene.at).

Maßnahmen zu zwei dieser neuralgischen Stellen (Schulbereich Greifensteiner Straße sowie Kreuzungsbereich Wiener Straße/Greifensteiner Straße) soll der Straßenbauausschuss nun aufgreifen und einer Verkehrsverhandlung mit den Verantwortlichen des Landes NÖ zuführen.

Keimt Hoffnung auf ein Umdenken in der Verkehrspolitik? Mal sehen. **Die Grünen bleiben dran.**

250 Unterschriften

Überparteiliche Initiative für ein Radwegekonzept in StAW

Endlich – nach einem Jahr – konnten Bürgermeister Stachelberger die Unterschriften übergeben und die Forderungen näher erläutert werden.

Als Startschuss soll eine Radwege-Arbeitsgruppe gebildet werden. Diese wird im Arbeitskreis Klimabündnis etabliert werden und sich in diesem Jahr mit den Schwerpunktthemen Radverkehr und Verkehrsberuhigung beschäftigen. Dazu soll auch „Radland Niederösterreich“ kontaktiert werden.

Radland NÖ bietet neben fachmännischer

Begleitung

auch diverse

Förderungen

für Radwege, Radabstellplätze etc.

an. Ebenfalls werden auch örtliche „Radspezialisten“ an der Arbeitsgruppe teilnehmen. Das Ziel: StAW wird fahrradfreundliche Gemeinde!



Robert Hülmbauer, Aida Maas-Al Sania und Harry Sattmann übergeben im Namen der überparteilichen Initiative 250 Unterschriften für ein Radwegekonzept.

Radbörse im April 2013

Nach dem Erfolg der ersten Radbörse im Mai 2012 wird es 2013 wieder eine von der Gemeinde organisierte Radbörse geben. Diese wird am 14. April 2013 von 10 bis 15 Uhr stattfinden.

Ein Budget für StAW

Die Finanzen der Gemeinde liegen teilweise im Dunkeln.

Wer sich für die Gemeindefinanzen interessiert, hat es schwer. Das Budget ist umfangreich und schwer zu durchschauen. Deshalb luden die Grünen gemeinsam mit dem Finanzexperten Andreas Parrer zum Vortrag über das Gemeindebudget. Ziel war es, die Bürger über das Budget, die Gemeindeausgaben und das Gemeindevermögen zu informieren. Gemeinderat Jürgen Schneider führt aus: „Es ist unsere Pflicht, das Budget für die Bevölkerung transparent zu machen.“

Der Vortragende Andreas Parrer erläuterte anhand aktueller Zahlen die finanzielle Situation in StAW: „Die Haushaltszahlen der Gemeinde St. Andrä-Wördern für 2013 und die Zahlen des mittelfristigen Finanzplanes bis 2015 bestehen die im öffentlichen Sektor üblichen grundlegenden Finanzchecks vergleichsweise sehr gut, sogar ein Schuldenabbau ist vorgesehen.“

Langfristig sieht es nicht so gut aus, warnt Parrer: „Leider liegt keine Vermögensaufstellung vor. Der mittelfristig notwendige Bedarf zum Erhalt des Gemeindevermögens und somit der Substanz bleibt unbekannt, eine Nachhaltigkeitsbetrachtung ist nicht möglich.“

Ulli Fischer dazu: „In diesem Licht scheinen die jährlichen ins Leere laufenden Investitionen in den Wirtschaftspark komplett falsch eingesetzt.“

Jürgen Schneider fordert einen Stopp bei den Verwaltungskosten, einen konkreten Schuldentilgungsplan und die

Erstellung eines Vermögensverzeichnisses. Um den Bürgern Transparenz zu bieten, findet man das gesamte Budget 2013 als Download auf www.staw.gruene.at. „Auch eine Budgeteterinnerung ist eine Möglichkeit, sich aktiv bei den Gemeindefinanzen einzubringen“, erinnert Ulli Fischer die Bevölkerung.

Besser budgetieren

Die Forderungen der Grünen:

- frühzeitige aktive Information der interessierten Bevölkerung und aktive Hereinnahme in die Budgetentwicklung (partizipativer Haushalt)
- Verwaltungskosten-Stopp und Durchforstung dieser Ausgaben nach Notwendigkeit, Effektivität und Effizienz
- In Summe darf die Erhöhung im Nachtragsvoranschlag maximal 5 % des Voranschlags betragen.
- Erstellung eines Vermögensverzeichnisses und Ableitung des jährlichen Refinanzierungsbedarfs
- Der Wirtschaftspark soll als eigener Geschäftsfall abgerechnet werden. Bisherige Investitionen, kommende Investitionen und erwartete Einkünfte bzw. laufende Kosten im Zusammenhang mit dem Wirtschaftspark sollen ausgewiesen werden.



KOMMENTAR

Jürgen Schneider



Ja zur Gebührenanpassung, nein zum Budget!

Auch, wenn wir in weiten Teilen mit der Ortspolitik der allzu mächtigen SPÖ nicht einverstanden sind, und auch wenn höhere Gebühren „politisch“ von schwarz und blau verteufelt werden, muss hier doch Klartext gesprochen werden.

Es handelt sich um eine Anpassung an die allgemeine Teuerung. Die regelmäßige Indexanpassung ist lange von allen Parteien beschlossene Sache, und die Gemeinde braucht in Wahrheit jeden Cent. Dass ÖVP und FPÖ dagegen stimmen beweist wieder einmal, dass für Schwarz und Blau Taktik und Polemik mehr zählen als Verantwortung. Fast schon zum Lachen: ÖVP und FPÖ stimmen zuerst gegen die Gebührenanpassung, die ins Gemeindebudget eingerechnet ist, und stimmen dann für dieses Budget.

Die Grünen haben es umgekehrt gemacht. Unserem Ja zur Gebührenanpassung folgte ein Nein zum Budget. Warum? Der Voranschlag 2013 ist abzulehnen, weil die Kosten der Verwaltung weiterhin munter steigen und SP/FP sich weiterhin weigern, hier endlich zu handeln und die Verwaltung auf eine finanzierbare Dimension zu bringen. Stattdessen werden notwendige Vorhaben und Förderungen gestrichen und gekürzt. Der einzige „Plan“ für die anstehenden Kreditrückzahlungen heißt „Wirtschaftspark“ und ist ein Millionengrab: Bisher wurden rd. 1,5 Mio. ausgegeben und keine einzige Parzelle wurde verkauft. Es gibt nicht einmal einen Businessplan für dieses „Projekt“.

Zu hohe laufende Kosten, zu viele Schulden und kein Plan – wer stimmt für so ein Budget? Wir Grüne von StAW sicher nicht. Wir wollen unsere Gemeinde verbessern (siehe Kasten oben) statt verschulden!

Wussten Sie, dass

- ◉ vor rund 90 Jahren die (damals fortschrittliche) Straßenbeleuchtung in Hadersfeld in der dunklen Jahreszeit nur zwischen 18 und 20 Uhr eingeschaltet wurde, damit die Bauern in dieser Zeit die Milch im „Milchkasino“ abgeben konnten. Das Milchkasino wurde in den 50ern abgerissen und die letzte Hadersfelder Kuh 1995 geschlachtet.
- ◉ 1925 der Strombedarf des ganzen Ortes Hadersfeld 2.000 kWh betrug – das ist halb so viel wie heute ein durchschnittlicher Haushalt jährlich (an Strom) verbraucht
- ◉ das gehackte Eis der im Winter gefrorenen Teiche früher in den Eiskellern der (Gast)Häuser zur Kühlung der Waren gelagert wurde und oft bis in den Frühherbst anhielt
- ◉ Hadersfeld als Naherholungsgebiet Wiens zu Beginn des 20. Jahrhunderts viele Wintersportbegeisterte zum Ski(lang)lauf anlockte. Wie eine Postkarte zeigt, wurde der „Höhenluftort Hadersfeld“ als „Die Perle vom Wienerwald“ angepriesen und zum „Rendezvous der Wintersportler“ eingeladen ...
- ◉ sich 1929 auf der Donau durch extreme Kälte ein mächtiger Eisstoß bildete, dessen Eisschollen in Greifenstein bis zum Bahndamm reichten. Bei Dürnstein konnte die Donau auf dem Eis zu Fuß überquert werden.



Quellen: Marktgemeinde St. Andrä-Wördern Bd. 1 Geschichte (2002); Statistik Austria Mittelwert, Jahresstromverbrauch Österreich 2008



Mehr tun für die Orte!

*GF Gemeinderätin
Mag.^a Ulli Fischer kandidiert
für den Landtag.*

Die Listenführerin und Spitzenkandidatin der Grünen in St. Andrä-Wördern, Ulli Fischer, kandidiert bei den kommenden Landtagswahlen. Warum die Politikerin aus unserem Ort nach St. Pölten will, erklärt sie in diesem Interview.

Frau Fischer, warum wollen Sie in den Landtag? Gibt es in St. Andrä-Wördern nichts mehr zu tun?

Ulli Fischer: Mir ist es ein Anliegen, dass in Niederösterreich endlich eine sinnvolle Raumordnung Platz greift. Denn nur eine sinnvolle Raumordnung sichert Verkehrsberuhigung, gute Nahversorgung, ausreichenden Trinkwasserschutz, den Erhalt des Grüngürtels um Wien sowie brauchbare Radwegenetze nachhaltig ab.

Was bedeuten Ihre Ziele für St. Andrä-Wördern?

Meine Vision in dem Zusammenhang: Bei jedem Straßenneubau ist ein Radweg mit dabei, und an jedem Bahnhof in Niederösterreich gibt es einen Nahversorger und ein Kaffeehaus - natürlich auch in unserem Ort. Auch dazu kann die Flächenwidmung Anreize bieten. Solche Projekte lassen sich auf Landesebene besser angehen.

Was wollen die Grünen in Niederösterreich für die Umwelt tun?

Ich bin froh, dass wir eine gesetzlich verankerte Umweltschutzbehörde haben. Eine, die per Gesetz weisungsfrei sein sollte. Wie aber lässt sich das damit vereinbaren, dass die Umweltschutzbehörde dienstrechtlich und organisatorisch der Landesregierung eingegliedert ist? Mir kommt vor, dass die Umweltschutzbehörde der Behörde, die sie kontrollieren soll, sozusagen auf dem Schoß sitzt. Deshalb ist es mein Ziel, die Umweltschutzbehörden niederösterreichweit zu bissigeren Kontrollinstrumenten zu machen.

Wie würde ein „grüner“ Verkehr in Niederösterreich aussehen?

Die Flüssigkeit und Leichtigkeit des Autoverkehrs ist in Niederösterreich immer Chefsache, beim öffentlichen Verkehr heißt es weiterhin: Bitte warten. Das muss sich ändern! Das Verkehrsthema ist kein Autofahrerthema. Es geht um Mobilität für alle und um Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer!

Welche Qualifikation bringen Sie mit?

Als langjährige grüne Gemeinderätin, Bezirkssprecherin und Umweltjuristin möchte ich mich im Landtag für Lebensqualität und Verkehrsberuhigung in den Ortschaften einsetzen.

staw.gruene.at

Grüner Donnerstag

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19:30 Uhr stehen Mitglieder der grünen Ortsgruppe zum Meinungsaustausch, zum Einbringen von Anliegen und zur Diskussion mit allen BürgerInnen im Gartencafé zur Verfügung.

VOLKS- BEGEHREN

GEGEN KORRUPTION

FÜR SAUBERE POLITIK IN ÖSTERREICH.



Jetzt unterschreiben!

Der U-Ausschuss war erfolgreich. Er hat zum ersten Mal das System politischer Korruption breit aufgeklärt. Weil er zu erfolgreich war, ist er von den Regierungsparteien abgedreht worden. Wir wissen: Die Mehrheit der Menschen in Österreich will keine Korruption. Sie will eine saubere Politik. Sie will, dass ihre Steuergelder sinnvoll und sorgsam eingesetzt werden. Und nicht für „Berater“, „Honorare“ und „Druckkostenbeiträge“ versickern.

Sie können entscheiden. Daher wenden wir uns an Sie! Bitte unterschreiben Sie gegen Korruption!

WIR FORDERN MITTELS BUNDES(VERFASSUNGS)GESETZLICHER REGELUNG:

1. Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht

Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene soll durch bundesverfassungsrechtliche Regelung parlamentarisches Minderheitsrecht werden, damit künftig Abgeordnete unabhängig von der Regierungsmehrheit U-Ausschüsse einsetzen können.

2. Gerichtliche Strafbarkeit illegaler Parteienfinanzierung

Illegale Parteienfinanzierung soll ein Fall für den Staatsanwalt werden. Dazu soll ins Strafgesetzbuch ein Straftatbestand „Illegale Parteienfinanzierung“ aufgenommen werden – mit einem Strafrahmen von fünf Jahren wie in Deutschland.

3. Unabhängige Staatsanwaltschaft

Das Weisungsrecht des Justizministers/der Justizministerin gegenüber der Staatsanwaltschaft soll abgeschafft werden. Stattdessen soll die Weisungsspitze einem Bundesstaatsanwalt/einer Bundesstaatsanwältin übertragen werden, der/die vom Nationalrat mit qualifizierter Mehrheit bestellt wird und diesem verantwortlich ist.

4. Mehr Mittel für Korruptionsbekämpfung

Mit einem neuen Bundesgesetz soll sichergestellt werden, dass Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sowie die Anti-Korruptionseinheiten der Polizei ausreichend Personal und Budgets haben.

5. Schutz für Aufdecker

Um Aufdecker und Aufdeckerinnen von Missständen künftig wirksam vor Strafe und Verfolgung zu schützen, soll zu ihrem Schutz mit Bundesgesetz eine „Whistleblower“-Regelung geschaffen werden.

WIE KANN ICH DAS VOLKSBEGEHREN GEGEN KORRUPTION UNTERSTÜTZEN?

→ Unterstützungserklärung downloaden unter: www.volksbegehren-gegen-korruption.gruene.at.

→ Gehen Sie zu Ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde bzw. zum Magistratischen Bezirksamt.

Achtung: Unterschrift direkt vor den Augen der Gemeindebeamten leisten!

Bitte amtlichen Lichtbildausweis mitbringen! Jede/r österreichische StaatsbürgerIn ab dem vollendeten 16. Lebensjahr darf unterstützen.

→ Stecken Sie die von Ihnen unterfertigte und von Ihrer Gemeinde bestätigte Unterstützungserklärung in ein Kuvert und senden Sie diese bitte an:

Volksbegehren gegen Korruption

Rooseveltplatz 4-5/Top 5

1090 Wien



Weitere Informationen unter GRUENE.AT oder DIALOGBUERO@GRUENE.AT

